



VIEL LICHT, ETWAS SCHATTEN EINE BEWERTUNG DES NEUEN KOALITIONSVERTRAGS IN BREMEN AUS VER.DI-SICHT

Nach den Bürgerschaftswahlen am 14. Mai 2023 in Bremen, haben sich SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke am 03. Juli auf einen neuen Koalitionsvertrag geeinigt. Im Vorfeld haben verschiedene Arbeitsgruppen geheim getagt, ohne dass auch nur eine Information nach außen gedrungen war. Das hat es bis dahin noch nicht gegeben. Markus Westermann, Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Bremen/Nord-Niedersachsen, findet in den Koalitionsvereinbarungen einige ver.di-Forderungen wieder. Er hat aber auch kritische Anmerkungen zu dem Vertrag:

Die größte Enttäuschung ist aus unserer Sicht, dass die Parteien alle Verabredungen mit uns und den Beschäftigten der Kitas aufgekündigt haben. Seit Oktober letzten Jahres sind wir im Dialog und wollen einen Kita-Pakt, um einen gemeinsam großen Schritt nach vorne zu gehen. Leider findet sich davon nichts im Koalitionsvertrag wieder. Dort werden sämtliche Rahmenbedingungen in der frühkindlichen Bildung dem Ziel, 5.000 zusätzliche Plätze zu schaffen, untergeordnet. Statt gemeinsam dialogorientiert und solidarisch Maßnahmen zu entwickeln, haben sich SPD, Grüne und Linke für einen massiven Angriff auf unsere Arbeitsbedingungen in den Kitas sowie auf die Qualität der frühkindlichen Förderung entschieden. Faktisch alle Standards in

den bremischen Kindertagesstätten werden künftig abgesenkt. Nicht nur, dass durch die Einrichtung größerer Gruppen fehlende Kita-Plätze geschaffen werden sollen. Künftig soll „temporär“ Personal als Zweitkraft mit nach unten angepasster Mindestqualifikation und „helfende Hände“ auch ohne jegliche Qualifikation eingesetzt werden, um den Fachkräftemangel zu verdecken.

Seit Jahren arbeiten wir unter schwierigen Rahmenbedingungen mit immer weiter steigenden Anforderungen in den Kitas. Trotz Pandemie wurden die Kitas offengehalten. Trotz Applaus gab es allerdings nicht viel. Nicht einmal zur im Koalitionsvertrag 2019 beschlossenen Bezahlung nach S8b für alle Erzieher*innen konnte sich der Senat durchringen. Und nun appellieren SPD, Grüne und LINKE allen Ernstes an „die Solidarität der Träger und ihrer Mitarbeiter*innen“! Das alles ist ein Schlag ins Gesicht der pädagogischen Fachkräfte. Es ist respektlos und eine Entwertung ihrer Qualifikation und Arbeit. Darüber hinaus es wird nicht zu den angestrebten 5.000 Kita-Plätzen führen.

Der im Koalitionsvertrag beschriebene Weg ist für uns und die Kita-Beschäftigten nicht akzeptabel und wird nicht unwidersprochen bleiben. Wir erwarten von SPD, Grünen und Linke, dass sie Abstand nehmen von den massiven Angriffen auf die Standards der

Rahmenbedingungen der frühkindlichen Bildung in Bremen! Den Ausbau der praxisintegrierten Ausbildung (PiA), der ebenfalls im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist, begrüßen wir dagegen sehr.



Markus Westermann, Bezirksgeschäftsführer Bremen-Nordniedersachsen

Das Thema Rekommunalisierung, also die Rückführung wichtiger öffentlicher Gesellschaften in die öffentliche Hand, findet erfreulicherweise Platz im Koalitionsvertrag. Die Formulierungen deuten an, diese zu prüfen, insbesondere bei der Trinkwasserversorgung, der Müllabfuhr und der Straßenreinigung. Für uns als ver.di ist das ein wichtiger Schlüssel, um sich gegen zukünftige Krisen abzusichern und für alle Menschen grundlegende Infrastruktur zu sichern. Es darf bei diesem Thema nicht nur bei Versuchen und Gesprächen bleiben, sondern wir halten an unseren Forderungen fest: „Mut zu einer großen Rekommunalisierung!“

Aber es gibt auch Positives: Die Einrichtung eines Transformationsrates, um verbindliche Absprachen über die Prozesse in der Transformation zusammen mit den Sozialpartnern abzustimmen, begrüßen wir. Auch freuen wir uns über das Vorhaben, wichtige Themen wie den Ausbildungsfonds, den Landesmindestlohn und das Bremische Tariftreue- und Vergabegesetz weiterzuentwickeln. Dazu gehört für uns aber auch, dass alle Bereiche, die für die Kommune und das Land arbeiten, wieder in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes geholt werden. Dazu zählen z. B. Wach- und Sicherheitsbereiche, Reinigung, etc. Ein erster Schritt wird im Koalitionsvertrag gegangen, indem festgeschrieben ist, dass die Gesundheit Nord Dienstleistungen GmbH (gehört zum kommunalen Klinikverbund GENO) schrittweise in die TVöD Struktur eingegliedert werden soll.

Auch die Fortführung der Branchendialoge Einzelhandel und Logistik begrüßen wir. Damit kommen die Sozialpartner*innen mit der Politik in einen gemeinsamen Austausch über die Herausforderungen der Branchen.

Ebenso gibt es eine klare Position zur Weiterentwicklung der Häfen im Land Bremen. Das ist sehr gut, für die Beschäftigten und die Wirtschaftskraft im Land Bremen.

Wenn es eine Verdichtung im ÖPNV geben soll (bis 2027 Bedienung der Haltestellen der Hauptlinien alle 7,5 Minuten), brauchen wir

dazu genug Personal und die Infrastruktur muss ausreichend finanziert werden. In diesem Punkt finden wir keine Ansätze außer der Willensbekundung im Koalitionsvertrag.

Positiv hervorzuheben ist das Vorhaben, die Entgeltgleichheitsstrategie weiter umzusetzen und durch ein Landesaktionsprogramm für Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu ergänzen. Die Einladung an die Gewerkschaften zu einer Beteiligung an dem Verfahren, nehmen wir ernst. Die Durchsetzungsmöglichkeit mit Unterstützung einer Senatskommission „Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt“ werden wir kritisch begleiten.

Des Weiteren werden wir ein Augenmerk darauf haben, dass die geplanten Maßnahmen des Landesaktionsplans zur Umsetzung der Istanbul-Konvention genügend ausfinanziert und konsequent umgesetzt werden. Hierzu gehört die finanzielle Absicherung der Frauenhäuser und Kinderschutzeinrichtungen sowie die Schaffung von 24/7-Schutzplätzen.

Im Koalitionsvertrag wird betont, dass gute Arbeit grundsätzlich tariflich gerahmt und betrieblich mitbestimmt ist. Zu ergänzen ist nach unserer Auffassung, dass sich gute Arbeit nicht nur auf abhängig Beschäftigte, sondern auch auf weitere Formen der Erwerbstätigkeit beziehen muss. So sind beim Einsatz für gute Arbeitsbedingungen für Erwerbstätige auch die große Anzahl von Solo-Selbstständigen im Land Bremen zu berücksichtigen. Zur Gruppe der Solo-Selbstständigen werden in Deutschland grob 2 Millionen Erwerbstätige gezählt.

Um an den Kliniken im Land Bremen energetische Sanierungen zur Reduzierung klimaschädlicher Emissionen umsetzen zu können, sind weitere zusätzliche Investitionsmittel erforderlich. Dafür sollen Mittel aus dem Klimaschutzfonds verwendet werden. Darüber hinaus werden zusätzliche Mittel benötigt, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Klimastrategie des Senats (Fastlane Gebäudesanierung) stehen.

Auch das begrüßen wir ausdrücklich.

Am Ende ist festzustellen, dass einige konkrete Punkte benannt sind und in anderen Bereichen es eher Andeutungen gibt, wie was gemacht werden könnte.

Es bleibt dabei, dass wir uns auch die nächsten vier Jahre einmischen werden, damit unsere Forderungen nicht in Vergessenheit geraten. Spannend wird auch die neue Ressortverteilung, in der Arbeit und Soziales sowie Justiz zusammengeführt werden. Die letzten Jahre war der Bereich Arbeit am Ressort Wirtschaft gekoppelt. Allerdings begrüßen wir, dass die Ressorts Wirtschaft und Häfen zusammengeführt werden.

TARIFVERHANDLUNGEN IM HANDEL

Die Verhandlungen im Einzel- sowie im Groß- und Außenhandel sind auch in Niedersachsen und Bremen in eine entscheidende Phase eingetreten. Die dritte Gesprächsrunde im Einzelhandel ist am Donnerstag ohne Ergebnis zu Ende gegangen. Ein neuer Termin ist verabredet worden. Doch bereits jetzt steht fest, dass diese Tarifrunde zwei Besonderheiten aufweist: Zum einen handelt es sich um die bisher aktivste und größte Streikbewegung, die es im Handel in beiden Bundesländern seit mindestens 20 Jahren gegeben hat. Zum anderen haben die Arbeitgeber in dieser Tarifauseinandersetzung erstmals einen Frontalangriff auf das Streikrecht ausgeübt. „Das haben wir in der Massivität im Handel noch nie erlebt“, sagt Sabine Gatz, die zuständige Fachbereichsleiterin in Niedersachsen und Bremen.



Seit dem 15. Mai haben sich bislang mehr als 90 Betriebe an mehr als 400 betrieblichen Streiktagen beteiligt. „Die Aktiven agieren bei den Streiks inzwischen äußerst selbstständig – auch das ist ein wesentlicher Entwicklungsschritt“, sagt Gatz. Auch auf die Mitgliederentwicklung hat das eine gute Auswirkung. Bestes Beispiel: Bei einer Versammlung der Beschäftigten eines großen Lagers der Firma Kaufland im Bezirk Hannover Heide Weser traten von 160 Beschäftigten vor Ort 151 in ver.di ein.



Auch sie hatten sich nicht von den Angriffen der Arbeitgeber auf das Streikrecht einschüchtern lassen. Mehrere regionale Handelsverbände, darunter auch die in Niedersachsen und Bremen, hatten öffentlich erklärt, die Beschäftigten im Groß- und Außenhandel sowie im Einzelhandel würden wegen ihrer Forderungen nach der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge in den betroffenen Branchen rechtswidrig streiken. Diesen Vorwurf konnte ver.di allerdings schnell entkräften: „Unsere Forderungen sind allesamt zulässige Streikforderungen – inklusive der Forderung, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung der abzuschließenden Tarifverträge gemeinsam zu beantragen. Das haben verschiedene Gerichte Anfang Juni bestätigt“, teilte ver.di mit. Mit dem Angriff auf das Streikrecht würden die Arbeitgeber lediglich von ihren bisherigen Dumpingangeboten und ihrer Verweigerung eines tragfähigen Angebotes ablenken wollen, hieß es in der Mitteilung weiter.



KEIN GELD FÜR DIE KITAS – VER.DI KRITISIERT HAUSHALTSENTWURF DER LANDESREGIERUNG

Eine Delegation, bestehend aus Vertreter*innen des DGB, von ver.di., der GdP und der GEW, hat am Sonntag die niedersächsische Landesregierung vor deren Haushaltsklausur an die von den Gewerkschaften geforderten wichtigen Investitionen für das Land erinnert. Vor der Zusammenkunft des Kabinetts in den Räumen des Landessportbunds Niedersachsen suchten die Gewerkschafter*innen die Gespräche mit Ministerpräsident Stephan Weil und fast allen anderen Regierungsmitgliedern.

Das Ergebnis der Verhandlungen, das einen Tag später öffentlich wurde, hat die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) allerdings mit gemischten Gefühlen aufgenommen. „Die geplanten Investitionen in die Krankenhäuser sind ein richtiger Schritt. Gleichzeitig findet sich in dem Entwurf aber leider keine deutliche finanzielle Unterstützung für die Kitas und deren Beschäftigten“, sagte ver.di-Landesbezirksleiterin Andrea Wemheuer.

Auch nimmt die Landesregierung, laut Entwurf, im nächsten Jahr kein zusätzliches Geld in die Hand für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs in Niedersachsen. „Es fehlen auch dringend notwendige Investitionen in die Hochschulen und die Erwachsenenbildung. Auch die von uns seit Langem geforderte Ruhegehaltsfähigkeit der Feuerwehr- und Justizvollzugszulage findet sich in dem Entwurf nicht wieder“, sagte Wemheuer.

Die ver.di-Landesleiterin sieht die rot-grüne Landesregierung in der Pflicht, spätestens bei der Aufstellung des Haushalts für das Jahr 2025 entsprechende Mittel für die jetzt nicht bedachten Bereiche zu veranschlagen. „Die Krise der Kitas wird sich immer weiter verschärfen, wenn dort nicht so schnell wie möglich etwas unternommen wird. Die Probleme in den Einrichtungen sind nur durch eine bezahlte Ausbildung von Erzieher*innen, durch die Einführung der dritten Fachkraft und durch Entlastung der Mitarbeitenden durch zusätzliches Personal zu beheben“, so Andrea Wemheuer weiter.



Mit dieser Ausgabe der Standpunkte verabschieden wir uns in die Sommerpause.

Wir wünschen allen schöne Ferien, einen tollen Urlaub und gute Erholung.